Schwerpunkt Neujahrsinterview mit Adrian Hasler

Adrian Hasler: «Wir können zuversichtlich nach vorn blicken»

Interview Von Stillstand keine Spur: Regierungschef Adrian Hasler blickt auf ein arbeitsintensives Jahr zurück. Und die politische Agenda für das kommende Jahr ist bereits gefüllt.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Regierungschef, ein Grossteil des ersten Jahres der neuen Legislatur ist bereits vorüber. Sie befinden sich jetzt in Ihrer zweiten Amtszeit nach der Wiederwahl im Februar. Wie geht es Ihnen?

Adrian Hasler: Danke, mir geht es gut. Das Jahr 2017 ist wie im Flug vergangen. Nach den Wahlen standen die Koalitionsverhandlungen im Zentrum und Ende März haben wir mit der neuen Regierung gestartet. Das Tagesgeschäft ging für mich nahtlos weiter. Als eine der ersten Aufgaben haben wir das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode erarbeitet. Hierbei war für mich wichtig, dass wir uns mit der Gestaltung der Zukunft unseres Landes auseinandersetzen. Wir haben in den vergangenen vier Jahren ein gutes Fundament geschaffen. Der Staatshaushalt ist gut aufgestellt und die Wirtschaftsaussichten sind positiv. Wir können zuversichtlich nach vorn blicken.

> «Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass wir unsere Energie verstärkt in die Gestaltung unserer Zukunft stecken sollten.»

Wie hat sich die neu zusammengestellte Regierung gefunden und wie funktioniert der Austausch untereinander? Stellen Sie Unterschiede zur Vorgängerregierung fest?

Die Zusammenarbeit ist wie in den vergangenen Jahren sachorientiert und konstruktiv. Wir diskutieren die Themen zum Teil intensiv und auch kontrovers, aber immer um eine gute Lösung im Interesse des Landes bemüht. Im Gegensatz dazu stelle ich aber fest, dass sich der Koalitionspartner medial stark parteipolitisch bemerkbar macht und immer wieder Entscheidungen der Regierung, die im Zuständigkeitsbereich der FBP-Regierungsmitglieder liegen, hart angreift. Diese Vorgehensweise erachte ich, auch vor dem Hintergrund der Wirkung über die Landesgrenzen hinaus, nicht als förderlich.

Frauenquote und Hängebrücke waren die Themen, die seit dem Amtsantritt der neuen Regierung in den Leserbriefspalten und Onlineforen wohl am intensivsten diskutiert wurden. Hat Liechtenstein keine anderen Probleme?

Diese beiden Themen wurden in der Bevölkerung sehr emotional und auch kontrovers diskutiert. Das zeigt, dass wir diese Themen ernst nehmen müssen. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass wir unsere Energie verstärkt in die Gestaltung unserer Zukunft stecken sollten. Die internationalen Herausforderungen werden deutlich anspruchsvoller. So müssen wir zum Beispiel viel Energie aufwenden, dass Liechtensteins Industrie und der Finanzplatz weiterhin gleichberechtigten Zugang zu den wichtigsten Märkten haben. Es ist verständlich, dass solche Themen nicht dieselbe Aufmerksamkeit erwecken, aber sie sind ein zentraler Faktor zur Erhaltung unseres Wohlstands.

Aber irgendwie hat man das Gefühl, dass derzeit politisch alles auf Sparflamme läuft. Wichtige Themen wie die Schulbautenstrategie oder auch das Thema Landesspital werden erst im Frühling wieder aufs Tapet kommen. Auch sehe ich keine wirklich grossen Reformen, die derzeit angepackt werden. Trügt der Schein?

Von Sparflamme kann keine Rede sein. Wir sind in unseren Ministerien intensiv mit den Themen beschäftigt, die wir wie im Rahmen des Regierungsprogramms angekündigt haben und in den nächsten Monaten vorantreiben werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Projekte oft eine längere Planungs- und Vorlaufzeit haben oder dass erst gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen. Zu den angesprochenen Themen: Nachdem die von Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch vorgelegten Schulraumprovisorien vom Landtag mit 24 Stimmen bachab geschickt wurden, müssen nun die Hausaufgaben gemacht werden. Und beim Thema Landesspital werden derzeit sämtliche Optionen für die zukünftige Ausrichtung geprüft.

Ein kurzes politisches Sperrfeuer gab es im letzten Landtag bei der Behandlung eines Abkommens zur Marktöffnung mit der Schweiz im Bereich des ambulanten Gesundheitswesens. Ich glaube, nach dem Nein zu diesem Abkommen war niemand so richtig glücklich – ausser die Ärztekammer vielleicht. Was ist da schiefgelaufen?

Hierzu muss man wissen, dass der Anstoss zu diesem Abkommen von den Leistungserbringern aus den verschiedenen Gesundheitsberufen kam. Nach der Teilsuspendierung des Notenwechsels haben sie sich dafür eingesetzt, dass auch sie in Zukunft Patienten aus der Schweiz behandeln können. Regierungsrat Mauro Pedrazzini hat in der Folge Verhandlungen mit der Schweiz geführt und das erwähnte Abkommen ausverhandelt. Als die Unterzeichnung des Abkommens kommuniziert wurde, gab es Lob. Erst kurz vor der Behandlung im Landtag wurde das Abkommen kritisiert. Die Regierung ist überzeugt, dass das Abkommen für die Patienten und Leistungserbringer insgesamt deutlich mehr Vor- als Nachteile beinhaltet. Eine Mehrheit des Landtags hat eine andere Ansicht vertreten – das ist ein demokratisch legitimer Vorgang.

> «Wir haben mit der Schweiz nach wie vor eine sehr freundnachbarschaftliche Beziehung.»

Es gab in letzter Zeit ja mehrere Themen mit der Schweiz, wo man das Heu nicht ganz auf derselben Bühne hatte. Eines davon sind die «gleich langen Spiesse im Gewerbe», da hat man jetzt auf Liechtensteiner Seite die Schrauben angezogen, nachdem die Schweiz Liechtenstein nicht entgegenkommen wollte. Ein anderes Thema, das immer wieder aufgeführt wird, ist die Quellensteuer, die nicht Eingang ins DBA gefunden hat. Und jetzt auch noch dieses Nein zu einem Abkommen im Gesundheitswesen, bei dem nun auf Schweizer Seite überlegt wird, die Schrauben anzuziehen. Wie bewerten Sie diese Entwicklungen?

Wir haben mit der Schweiz nach wie vor eine sehr freundnachbarschaftliche Beziehung und diese wird auch durch die erwähnten Themen nicht tangiert. Die Schweiz ist unser engster Partner; wir sind sehr eng verflochten, das zeigen allein die über 100 Verträge in den verschiedensten Bereichen. Klar ist, dass es bei all diesen Fragen um wirtschaftliche Interessen geht. Diese vertritt die Schweiz, und diese vertreten auch wir. Und wie bei Verhandlungen üblich, sind beide Partner gefordert, Kompromisse zu machen, um zu einem Abschluss zu kommen. Wichtig ist, dass wir in einem direkten und regelmässigen Kontakt mit dem Bundesrat stehen, ein gutes Einvernehmen haben und bei konkreten Problemstellungen auch sehr kurzfristig handeln können.

Auch in Europa stehen wir nach wie vor unter Beobachtung – aktuell stehen wir auf der «grauen Liste» der Steueroasen. Und das, obwohl in den letzten 10 Jahren nach der Zumwinkel-Affäre eine sehr klare Steuerkonformitätsstrategie gefahren wurde. Warum traut uns die EU noch immer nicht ganz?

Die EU hat vor Kurzem eine sogenannte «schwarze» Liste der unkooperativen Staaten im Steuerbereich publiziert. Liechtenstein ist nicht auf dieser Liste, was zeigt, dass wir die internationalen und europäischen Steuerstandards umsetzen. Allerdings hat die EU – entgegen den Ankündigungen – auch eine sogenannte «graue» Liste publiziert. Auf dieser Liste erscheint Liechtenstein, weil die EU punktuell noch Anpassungsbedarf in unserem Steuergesetz festgestellt hat. Für mich ist das Vorgehen der EU aufgrund der Anstrengungen, die wir in den letzten Jahren unternommen haben, nicht nachvollziehbar. Deshalb haben wir auch interveniert. Und wenn man sich vor Augen führt, wie die Listen zustande gekommen sind, erkennt man unschwer, dass dies weniger mit objektiven Kriterien, sondern vor allem mit Politik zu tun hat. Für uns bedeutet dies, die zwei «Mängel» in unserem Steuergesetz zu bereinigen.

Dann denken Sie, dass wir Ende 2018 nicht mehr auf dieser Liste landen werden?

Davon gehe ich aus. Wir bereiten derzeit die notwendigen Anpassungen im Steuerbereich vor. Damit hat Liechtenstein dann aus meiner Sicht alle Kriterien der EU erfüllt und muss von der «grauen» Liste gestrichen werden. Diese Streichung ist auch deshalb wichtig, weil liechtensteinische Unternehmen in verschiedenen EU-Staaten noch immer mit Beschränkungen und Diskriminierungen zu kämpfen haben. Um diesen Zustand zu verbessern haben wir eine Task Force eingerichtet, mit dem Ziel, diese Beschränkungen und Diskriminierungen zu beseitigen.

Ein Thema, das im Regierungsprogramm einen grossen Stellenwert hat, ist die Digitalisierung. Es wurde eine digitale Agenda angekündigt. Was wird da drinstehen?

Wir sind aktuell an der Ausarbeitung einer digitalen Agenda. Im Kern wird es darum gehen, wie wir uns als Staat im Zeitalter der Digitalisierung positionieren und wie wir diese Entwicklung für uns nutzen. Jedenfalls müssen wir uns intensiv mit den Konsequenzen der Digitalisierung auf die Gesellschaft, die Wirtschaft und den Staat auseinandersetzen. Ich sehe in der Digitalisierung eine grosse Chance für Liechtenstein, auch speziell in Sachen Bürgerservice. Über Details werden wir zu gegebener Zeit informieren.

> «Liechtenstein ist gut gerüstet. Die gesetzlichen Grundlagen für die digitalen Prozesse sind grösstenteils bereits vorhanden.»

Kürzlich wurde das Projekt Digital-Liechtenstein lanciert – mit dem Ziel, gemeinsam ein Manifest auszuarbeiten, um den Herausforderungen rund um das Thema Digitalisierung zu begegnen. Was erwarten Sie von diesem Manifest?

Ich bin gespannt, was die Verantwortlichen präsentieren werden. Wir werden uns diese Erkenntnisse gerne anschauen und wo möglich einbeziehen, um gemeinsam als Land einen Schritt vorwärtszu kommen.

Wie gut ist denn Liechtenstein für die digitale Zukunft gerüstet?

Liechtenstein ist gut gerüstet. Die gesetzlichen Grundlagen für die digitalen Prozesse sind grösstenteils bereits vorhanden. Ebenfalls wurden einige technische Systeme geschaffen. Diese sind allerdings noch nicht immer wirklich kundenfreundlich – so können Formulare teilweise digital ausgefüllt werden, müssen dann aber physisch unterzeichnet und eingereicht werden. Da haben wir noch einiges an Verbesserungspotenzial. Die Herausforderung liegt aber auch darin, den Einwohnerinnen und Einwohnern die Vorteile und Chancen der neuen Technologien praxisnah darzulegen und die möglichen Effizienzsteigerungen hin zur Individualität und Flexibilität aufzuzeigen.

Wie schaffen wir es, die nötigen Fachkräfte auszubilden und zu rekrutieren, die für diesen technologischen Wandel nötig sein werden?

Unser Bildungssystem ist international sehr gut aufgestellt. Ich bin der Meinung, dass wir bereits über sehr gut ausgebildete Fachkräfte hier in Liechtenstein verfügen.

Für mich ist das Ganze mehr eine Frage nach der Akzeptanz und dem Willen der Bevölkerung, gewisse Prozesse in Zukunft effizienter bzw. digital mit neuen Technologien abwickeln zu wollen. Mit dem MINT-Labor können wir sicher auch auf die technischen Herausforderungen sensibilisieren und die Faszination für diese neue Welt wecken.

Um attraktive Arbeitsplätze anbieten zu können, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentraler Faktor. Frauen sind top ausgebildet, verschwinden aber in der Familienphase oft von der Bildfläche und haben oftmals auch Mühe mit dem Wiedereinstieg. Schliesslich verändert sich die Welt rasend schnell. Wo muss der Staat hier ansetzen?

Die zentrale Frage ist doch, wie viel der Staat vorschreiben soll. Der Staat kann mit Vorschriften sicher einiges bewirken; neben dem Mutterschaftsurlaub gibt es auch die Möglichkeit des Elternurlaubs. Gefordert sind aus meiner Sicht vielmehr die Arbeitgeber. Mit der Schaffung familienfreundlicher Angebote können sie sich im Arbeitsmarkt als attraktive Arbeitgeber für gut ausgebildete Fachkräfte positionieren. Viele grössere und kleinere Betriebe haben dies erkannt und bieten spezifische Angebote an. In der Landesverwaltung bieten wir aufgrund dieser Überlegungen bewusst auch Jobs mit einem Teilzeitpensum an. Mit rund 250 Teilzeitangestellten sind wir hier ein vorbildlicher Arbeitgeber, was familienfreundliche und flexible Arbeitsbedingungen angeht.

> «Ich bin klar dagegen, dass sich der Staat in diese Entscheidung einmischt.»

Was ist mit den Frauen, die gerne bei der Familie zu Hause bleiben?

Ich bin klar dagegen, dass sich der Staat in diese Entscheidung einmischt. Jede Frau überlegt sich das in ihrer jeweiligen Familiensituation sehr genau und wägt die Vor- und Nachteile ab. Die Familienarbeit ist genauso wichtig und herausfordernd wie jede andere Arbeit. Diese Wertschätzung kann und soll aber nicht in einem Anspruch auf finanzielle Entschädigung münden. In diesem Zusammenhang wird oft ins Feld geführt, dass Eltern, die ihre Kinder in die Kita bringen, auch Geld erhalten. Das ist falsch. Mit den Kita-Beiträgen wird das Angebot der Kitas vergünstigt, damit auch Eltern mit tieferem Einkommen ihre Kinder in die Kita bringen können. Aber auch sie müssen immer einen eigenen Beitrag bezahlen. Ob sie das tun oder ob sie ihre Kinder selbst betreuen, ist ein individueller Entscheid.

Der demografische Wandel ist auch ein Dauerbrenner, der uns auf verschiedenen Ebenen fordern wird. Anfang 2018 werden die Reformen der 2. und 3. Säule spürbar werden, das wird einigen empfindlich wehtun im Portemonnaie. Ist das damit gut oder müsste bereits an der nächsten Reform gearbeitet werden?

Im Bereich der AHV und der betrieblichen Vorsorge sind wir meines Erachtens auf einem sehr guten Stand, gerade auch im Vergleich zur Schweiz und zum übrigen Europa. Die Reformen waren dank eines parteiübergreifenden Verständnisses sowohl in der Regierung wie auch im Landtag erfolgreich. Diese Reformfähigkeit ist eine herausragende Stärke unseres Landes und ich hoffe sehr, dass sie auch in Zukunft erhalten bleibt.

Die Studie der Stiftung Zukunft.li hat sehr klar gezeigt, wo es noch Handlungsbedarf gibt. Welche Bälle müssen da aufgenommen werden?

Das zentrale Thema ist hier die zukünftige Finanzierung der Pflege im Alter. Dabei gilt es, vorhandene Ansätze und auch neue Ideen im Detail zu prüfen. Das von der Stiftung Zukunft.li vorgeschlagene Pflegekapital würde bedeuten, dass die Berufstätigen weitere Lohnabzüge in Kauf nehmen müssten, um für ihre Zukunft Pflegekapital aufzubauen. Die politische Diskussion ist hierzu im Gange. Unabhängig davon sehe ich im Bereich der Altersheime und des Alterswohnen eine künftig deutlich stärkere Verantwortung der Gemeinden.

Kontroversen gibt es auch immer wieder betreffend die Entflechtung der Finanzen auf Landes- und Gemeindeebene. Erbprinz Alois sagt, jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, diesem Thema mal mehr Beachtung zu schenken. Ist die Regierung da dran?

Hier muss unterschieden werden zwischen Finanzzuweisungen / Finanzausgleich einerseits und Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden andererseits. Bei der Diskussion der Interpellationsbeantwortung zu diesen beiden Themen im Oktober hat sich der Landtag dafür ausgesprochen, dass sich die Regierung mit der Frage der Finanzzuweisungen an die Gemeinden befassen soll. Dabei geht es primär darum, dass die finanzstarken Gemeinden «in die Pflicht genommen werden» zugunsten der Gemeinden mit Finanzausgleich. Dazu werden derzeit verschiedene Überlegungen und Modelle geprüft. Beim Thema Aufgabenentflechtung möchte ich festhalten, dass bereits viele Themen erledigt sind. Die aktuell geführten Gespräche haben nun gezeigt, dass die Bereitschaft vorhanden ist, über einen weiteren Schritt zur Aufgabenentflechtung zu diskutieren. Ob eine einheitliche und zentrale Regelung jedoch immer gewünscht und effizient ist, gilt es dennoch zu hinterfragen. Eine gemeinsame Verantwortung und Finanzierung kann durchaus auch Vorteile haben.

> «Kritik soll natürlich sein, aber nicht nur der Kritik willen.»

Ein Thema in dem Zusammenhang ist die Finanzierung von Sportstätten. In Kürze werden die Gemeinden abstimmen, ob sie die Kletterhalle in Schaan mitfinanzieren wollen oder nicht. Dadurch, dass sowohl Land und Gemeinden der Finanzierung zustimmen müssen, gibt es relativ viele Fallstricke, die solche Projekte stoppen können. Müsste man diesen Mechanismus anpassen?

Ja, ich denke, hier besteht durchaus Handlungsbedarf. Im Sportstättenkonzept wurde die Frage der Finanzierung nicht abschliessend geregelt. So haben wir die Situation, dass das Land bei einer Sportstätte von landesweitem Interesse eine entsprechende Landessubvention gewähren kann. Dies heisst aber noch nicht, dass dieses Projekt realisiert werden kann, denn anschliessend braucht es die Zustimmung aller Gemeinden. Aus meiner Sicht ist es nicht ideal, dass eine Gemeinde ein Projekt, dass grossmehrheitlich Zustimmung findet, zu Fall bringen kann.

Generell, haben Sie das Gefühl, dass es schwieriger geworden ist, Investitionen vor der Bevölkerung zu rechtfertigen? Das Nein zur Hängebrücke schien ja weniger eine Sachentscheidung als eine Generalabrechnung für die Sparmassnahmen der letzten Jahre.

Ja, dieser Eindruck ist durchaus vorhanden. Allerdings sehe ich das nicht auf Gemeindeebene. Dort werden laufend auch grössere Investitionen getätigt, die nicht kritisiert werden. Bei übergreifenden Projekten – mit oder ohne Landesbeteiligung – ist das etwas anders. Hier fühlen sich viele Personen angesprochen, und das ist für die Medien auch deutlich interessanter. Kritik soll natürlich sein, aber nicht nur der Kritik willen. Ich finde es schade, wenn Entscheidungen rein emotional getroffen werden, anstatt die sachlichen Argumente abzuwägen. Wir müssen schauen, dass wir nicht alle Zukunftsprojekte aufgrund möglicher Befindlichkeiten ablehnen und damit gerade den jüngeren Generationen positive Entwicklungen verbauen. Ich setze mich dafür ein, dass wir als Gesellschaft fähig bleiben, uns zu verändern, Neues anzupacken und kleine und grosse Projekte zu realisieren, auch wenn nicht jeder Einzelne direkt davon profitiert.

Sehr umstrittene Projekte, die viel Geld kosten würden, sind beispielsweise die Rheinaufweitung, aber auch die S-Bahn, die ja noch immer auf Eis liegt. Wie kann es der Politik gelingen, bei der jetzigen Stimmungslage solche grossen Brocken durchzubringen?

Ich denke, die Aufgabe der Politik muss es weiterhin sein, mit Argumenten zu überzeugen. Hier spielt die Kommunikation eine wichtige Rolle und hier sehe ich auch die Regierung in der Pflicht. Solche Projekte müssen so präsentiert werden, dass ein vernünftiger Entscheid auf einer sauberen Basis getroffen werden kann. Und dann sollten wir mit Mut und Sachverstand auch grosse Vorhaben mit einem längerfristigen Zeithorizont angehen.

Regierungschef Adrian Hasler nimmt im Interview Stellung zu den Themen, die Liechtenstein im Jahr 2017 beschäftigt haben und wohl auch im kommenden Jahr beschäftigen werden. (Fotos: ZVG)